

Pensionserhöhung: Chef der Pensionssicherungskommission tritt zurück

Regierung nehme langfristige Sicherung der Pensionen nicht ernst genug!

Walter Pöltner, der Vorsitzende der Alterssicherungskommission, trat kurz nach Bekanntgabe der heurigen gesetzlichen Pensionserhöhung zurück. Er treffe diese Entscheidung „aus Frust, weil die Politik die **langfristige Sicherung der Pensionen, aber auch der Pflege, nicht ernst genug** nimmt“, sagte Pöltner in den Oberösterreichischen Nachrichten.

Bereits im Jänner ließ Pöltner aufhorchen, als er das österreichische „**Pensionssystem nicht für die Aufgaben des 21. Jahrhunderts gewachsen**“ sah. Wir haben darüber im BAV-Newsletter berichtet. **Zum Nachlesen [hier klicken...](#)**

Aufgabe der Pensionssicherungskommission sei es, über die langfristige Balance des Pensionssystems zu wachen und dafür zu sorgen, dass die **Generationenbalance stimmt**. Das „sei für ihn immer schwieriger geworden. Die Politik funktioniere nach anderen Maßstäben“, so Pöltner. Damit spielte er darauf an, dass dieses **Pensions-Zuckerl** ausgerechnet eine Woche vor der Landtagswahl in Oberösterreich angekündigt wurde. Dort würden die Pensionisten und Pensionistinnen ein gutes Viertel der 1,1 Mio. Wahlberechtigten stellen, wie die Wiener Zeitung erhob.

Er sei es „**müde, den bösen Buben zu spielen** und wie eine tibetanische Gebetsmühle auf Entwicklungen hinzuweisen“, so Pöltner.

Worum geht es konkret?

Die Regierung hat eine Anpassung der Pensionen für das Jahr 2022 im Ministerrat beschlossen.

Der **gesetzliche Anpassungswert**, der die Richtschnur für die Erhöhung sein sollte, wäre **1,8 %** gewesen (das ergibt sich aus der Inflation von August 2020 bis Juli 2021).

Doch die Regierung hat beschlossen – aufgrund der OÖ-Landtagswahl wie Kritiker meinen – die Pensionen bis EUR 1.000 um **3 % zu erhöhen**. Zwischen EUR 1.000 und 1.300 kommt eine Einschleifregelung. Erst ab EUR 1.300 werden die Pensionen per 1. Jänner 2022 um 1,8 % erhöht, wie es der gesetzliche Anpassungswert eigentlich vorschreibt.

Während die Regierung von einer Maßnahme spricht, die die **Altersarmut reduziere** und die Kaufkraft für alle Pensionen sichere (so etwa der Grüne Sozialsprecher), orten Kritiker wie auch der Leiter der Pensionssicherungskommission oder der Chef der Sozialversicherung eine **Aushöhlung des Versicherungsprinzips**.

Aus neutraler Sicht scheinen alle geäußerten Argumente logisch und je nach eigener Position nachvollziehbar. Diese wollen wir hier nicht werten. Jedoch wollen wir uns die **finanziellen Konsequenzen der Entscheidung** näher ansehen, da diese wohl die Entscheidung des Vorsitzenden der Pensionssicherungskommission ausgelöst hat. Immerhin kostet die heurige Pensionserhöhung rund EUR **1,1 Milliarden zusätzlich**.

So eine „Umverteilung an kleine Pensionisten“ ist allerdings nicht zum ersten Mal vorgenommen worden, sondern wurde auch schon 2018, 2019 und 2020 beschlossen. Der Thinktank Agenda Austria hat die **Zusatzkosten** dieser **Sonderpensionsanpassungen** errechnet:

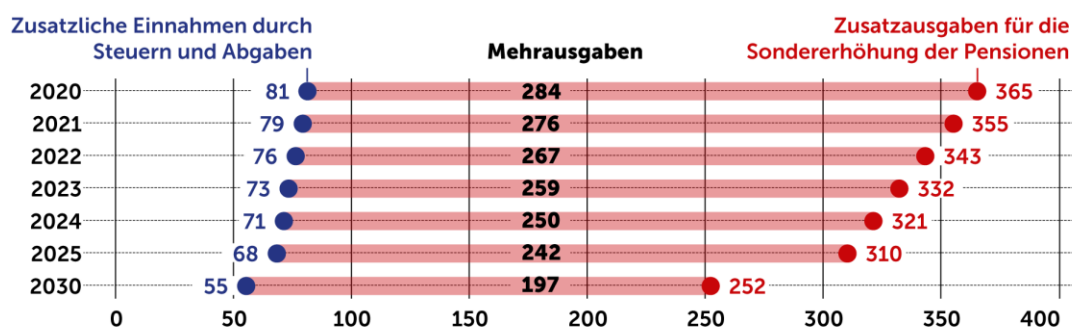
Zur Erinnerung: Das staatliche Pensionssystem kann schon lange nicht mehr durch Einzahlungen der Arbeitenden finanziert werden. Über die Gründe haben wir schon mehrmals im BAV-Newsletter berichtet. Zuletzt im Jänner. **Zum Nachlesen [hier klicken...](#)**

Die Folge: Der Staat muss von Jahr zu Jahr mehr zuschießen, um die versprochene Pension auszahlen zu können. Nach aktueller Recherche von Agenda Austria zahlen die **österreichischen Steuerzahler pro Jahr 23 Milliarden** zu den staatlichen Pensionen dazu. Und diese Lücke wird durch diese Sonder-Pensionsanpassungen stetig größer, auch weil sie jahrelang nachwirken.

2020 haben die Zusatzkosten aus den **Sondererhöhungen der Jahre 2018, 2019 und 2020** 365 Mio. gekostet. Selbst wenn man die staatlichen Mehr-Einnahmen durch die höheren Pensionen abzieht, bleiben Netto-Mehrausgaben von EUR 284 Mio. Siehe Grafik der Agenda Austria.

Was die letzten drei Sonderpensionsanpassungen kosten

– fiskalische Kosten der Pensionsanpassungen durch Pensionsanpassungsgesetze 2018, 2019 und 2020, in Millionen Euro



Quelle: Budgetdienst.



Und Agenda Austria schließt sich der Warnung zahlreicher Experten an: „Diese außertourlichen Erhöhungen der Pensionen sind gut gemeint, aber gleichzeitig brandgefährlich. Sie **hebeln das Versicherungsprinzip der Pension aus** und führen zu beträchtlichen Mehrausgaben“, mahnt Agenda Austria-Ökonom Dénes Kucsera.

Notbremse ziehen!

Agenda Austria warnt weiters, dass Österreich bei den Staatsausgaben die Notbremse ziehen müsse. Im Jahr 2020 habe der österreichische Staat so viel Geld ausgegeben wie nie zuvor. So riss die Corona-Pandemie ein Milliardenloch in den Staatshaushalt. Ersten Schätzungen zufolge hat **Corona rund 40 Milliarden gekostet** und die Pandemie ist bekanntlich noch nicht vorbei. Daher rät man – wieder einmal – durch **Strukturreformen etwa im Pensionssystem** – den notwendigen Spielraum für nötige Investitionen in den Klimaschutz, die Bildung oder die Digitalisierung – zu erhalten.

Wohin geht aktuell wie viel Staatsgeld?

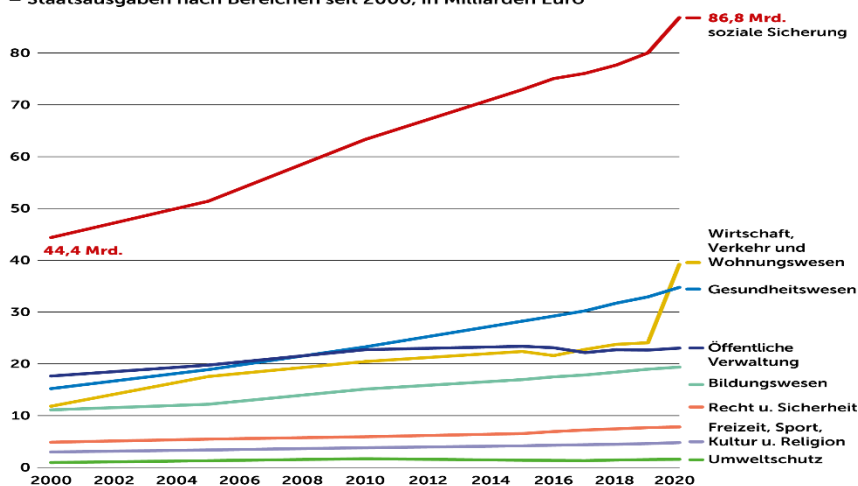
Diese Frage beantwortet uns die unten folgende Grafik von Agenda Austria.

Der mit Abstand größte Posten „**Soziale Sicherung**“ ist im Vorjahr nochmals sprunghaft in die Höhe geschossen. Dafür waren der Anstieg der Arbeitslosigkeit aber auch die steigenden Pensionszuzahlungen verantwortlich. Aber bereits davor war dieser Kostenblock die letzten 20 Jahre über stark gestiegen und hat sich **von 44,4 Mrd. auf 86,8 Mrd. fast verdoppelt**.

Corona-bedingt sprang die Position „Wirtschaft, Verkehr und Wohnungswesen“ auf Platz 2 (Wirtschaftshilfen!) und hat das Gesundheitswesen auf Platz 3 verdrängt.

Wohin das Staatsgeld fließt

– Staatsausgaben nach Bereichen seit 2000, in Milliarden Euro



Quellen: Statistik Austria, Ausgaben des Staates nach Aufgabenbereichen (COFOG), eigene Berechnungen.



Agenda Austria-Ökonom Marcell Götttert rät: „Um den nötigen Spielraum für Investitionen zu haben, muss die Regierung die **Ausgabendynamik bei den Pensionszahlungen einbremsen**.“ Mehr als EUR 23 Milliarden jährlich muss der Bund zu den Pensionen zuschießen.

Dass es trotz starker Pensionserhöhung von Kleinpensionen doch sehr viele Menschen gibt, die davon nur schlecht leben können, sehen wir uns im Beitrag Nr. 5 dieses Newsletters näher an. Allen Kundinnen und Kunden, die jetzt noch im Berufsleben stehen, kann man nur den **Rat geben, privat vorzusorgen, um den gewohnten Lebensstil** in der Pension aufrechterhalten zu können.

Quellen: Wiener Zeitung, Oberösterreichische Nachrichten, Agenda Austria